

Antrag

der Fraktion der CDU

Aus der Krise lernen – Notfallfonds für ehrenamtlich arbeitende Projekte und Vereine auflegen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von NGOs sowie der bezirklichen Ehrenamtsarbeit die Erfahrungen der letzten Wochen und Monate ehrenamtlich arbeitender Projekte und Vereine hinsichtlich ihrer finanziellen bzw. wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die durch die Pandemie COVID 19 entstanden sind, aufzuarbeiten und dazu eine Analyse vorzulegen.

Daraus sind

1. ein Konzept zu erstellen, welche Hilfen bei vergleichbaren Situationen notwendig werden,
2. ein Notfallfonds für finanziell in Schwierigkeiten geratene ehrenamtlich arbeitende Projekte und Vereine aufzulegen und
3. entsprechende Vergabekriterien zu entwickeln.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals bis zum 31. Oktober 2020 zu berichten.

Begründung:

Die staatlich angeordneten Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie COVID 19 haben sich auch auf gemeinnützige Organisationen sowie ehrenamtlich arbeitende Projekte und Vereine

ausgewirkt. Durch den Wegfall von Aufgaben und Einnahmequellen bei gleichbleibenden Betriebs- und Mietkosten sind bereits viele von ihnen an die Grenzen der finanziellen Belastbarkeit geraten und befürchten eine Insolvenz.

Vor diesem Hintergrund wandten sich bereits 120 Organisationen an die Öffentlichkeit und machten in einem Offenen Brief auf dieses Dilemma aufmerksam. Damit konnte erreicht werden, dass kurzfristig Überbrückungsmaßnahmen durch Bund und Länder erfolgten, die die Lage etwas entspannten.

Da jedoch damit gerechnet werden muss, dass vergleichbare Situationen immer wieder auftreten können, wird der Senat aufgefordert, längerfristige Maßnahmen vorzubereiten, mit denen den ehrenamtlich arbeitenden Organisationen in Notfällen geholfen werden kann. Deshalb wird er aufgefordert, im Sinne des Antrags tätig zu werden und einen Notfallfonds anzulegen. Diesem soll ein Erfahrungsbericht mit einem Analyseteil aus den aktuellen Erfahrungen der COVID-19-Pandemie vorgeschaltet werden, um Umfang und Zielrichtung der Maßnahmen besser einschätzen zu können.

Berlin, 11. August 2020

Dregger Friedericci Demirbüken-Wegner
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU